

JOSEF BAUMGARTNER
EWALD WALTERSKIRCHEN
ANDREA WEBER

■ GÜNSTIGE MITTELFRISTIGE WACHSTUMSAUSSICHTEN, ABER ANHALTENDE BUDGETPROBLEME

MITTELFRISTIGE PROGNOSE DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT FÜR 2000 BIS 2004

Die guten Aussichten für die Wirtschaftsentwicklung in der EU begünstigen in den kommenden 5 Jahren auch Österreich. Die dynamische Zunahme des Exports strahlt auf die inländische Nachfrage aus. Die heikle Budgetsituation wird sich aber durch das Wirtschaftswachstum allein nicht wesentlich verringern. Um die Vorgaben des Stabilitätsprogramms der österreichischen Bundesregierung einzuhalten, sind umfangreiche strukturelle Maßnahmen nötig.

Die österreichische Wirtschaft wird im Prognosezeitraum 1999/2004 mit durchschnittlich +2,5% stärker wachsen als in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre (+2,1%¹⁾). Der Konjunkturföhepunkt dürfte im Jahr 2001 erreicht werden. Für die zwei Jahre danach wird eine Konjunkturdelle in der EU unterstellt. Die anschließende Beschleunigung des Wachstums erklärt sich ebenfalls aus dem innereuropäischen Konjunkturzusammenhang. Im Durchschnitt der Periode dürfte das Wirtschaftswachstum in Österreich wegen der leicht restriktiven Effekte der zu erwartenden Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung geringfügig unter jenem der EU (2,6%) liegen. Die Mehrheit der EU-Staaten ist im Bemühen um eine Rückführung des Defizits der öffentlichen Haushalte weiter fortgeschritten als Österreich.

Der Preisauftrieb wird mit einer Inflationsrate von durchschnittlich 1% pro Jahr weiterhin sehr niedrig eingeschätzt. Hauptverantwortlich dafür sind eine mäßige Lohnentwicklung im Gefolge zunehmender EU-Konkurrenz, die erwartete Stabilisierung der relativ hohen Rohölpreise ab dem Jahr 2000 sowie weitere Liberalisierungen und Preissenkungen in den Bereichen Telekommunikation und Elektrizitätswirtschaft.

Wissenschaftliche Begutachtung:
Helmut Kramer, Markus Marterbauer
• Unterstützung bei Datenaufbereitung und -analyse: Christine Kaufmann, Martha Steiner •
E-Mail-Adressen:
Josef.Baumgartner@wifo.ac.at,
stein@wifo.ac.at

¹⁾ Abweichend von früheren Berichten werden hier wegen der Kürze der verfügbaren Zeitreihen auf Basis des ESVG 1995 nur die Jahresdurchschnitte für den Prognosezeitraum und die Periode 1995 bis 1999 ausgewiesen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse

	Ø 1995/ 1999	Ø 1999/ 2004	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt								
Real	+2,1	+2,5	+2,2	+2,8	+2,8	+2,5	+1,9	+2,4
Nominell	+3,1	+3,4	+2,9	+3,6	+3,9	+3,4	+2,9	+3,5
Verbraucherpreise	+1,2	+1,0	+0,5	+1,1	+1,0	+0,9	+0,9	+0,9
Unselbständig Beschäftigte ¹⁾	+0,5	+0,8	+1,2	+1,0	+0,9	+0,7	+0,5	+0,6
In %								
Arbeitslosenquote								
In % der Erwerbspersonen ²⁾	4,5	4,0	4,4	4,2	4,1	3,9	4,0	3,9
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ³⁾	7,0	6,1	6,7	6,5	6,2	6,0	6,1	5,9
In % des BIP								
Leistungsbilanzsaldo	-2,3	-2,0	-2,3	-2,3	-2,0	-1,9	-1,8	-1,9
Finanzierungssaldo des Staates	-2,6	-1,8	-2,1	-2,2	-1,9	-1,8	-1,8	-1,6

¹⁾ Ohne Präsenziener und Bezieher von Karenzurlaubsgeld. – ²⁾ Laut Eurostat. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice.

Aufgrund der günstigen Konjunktur und nicht zuletzt auch durch die Maßnahmen des Nationalen Aktionsplanes für Beschäftigung (NAP) verbessert sich die Arbeitsmarktsituation weiter deutlich. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt 2000/2004 kumuliert um etwa 90.000 zu. Das Ziel, die Beschäftigung von 1997 bis 2002 um 100.000 zu steigern, wird schon zwei Jahre früher als geplant erreicht. Die Arbeitslosenquote wird jedoch (laut EU-Definition) nur auf 3,9% der Erwerbspersonen sinken; das Ziel einer Quote von 3,5% im Jahr 2002 gemäß NAP erscheint bei gegebener Konjunkturperspektive, unveränderten arbeitsmarktpolitischen Ausgaben und straffer Budgetpolitik kaum erreichbar.

Aufgrund der Steuerreform 2000 und des „Familienpakets“ verschlechtert sich die Budgetsituation im Jahr 2000. Das Ziel des Stabilitätsprogramms, das Defizit aller öffentlichen Haushalte bis zum Jahr 2002 auf 1,4% des BIP zu senken, wird nach der vorliegenden Prognose (1,8%) deutlich verfehlt, wenn nicht zusätzliche strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen werden. Unter den gegebenen Prognoseannahmen würde dieses Ziel des Stabilitätsprogramms auch im Jahr 2004 noch nicht erreicht.

EXPORTQUOTE STEIGT KRÄFTIG

Die Einführung des Euro als Zahlungsmittel im Jahr 2002 ist die größte institutionelle Änderung im gesamten Prognosezeitraum. Kurzfristig könnte die Umstellung vor allem jenen Unternehmen Probleme bereiten, die sich nicht hinreichend darauf vorbereitet haben. Mittelfristig wird sich die gemeinsame Währung jedoch positiv auf die Wirtschaft Österreichs und der EU auswirken. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft dürfte sich in den nächsten Jahren weiter verbessern, weil die Lohn- und Preissteigerungen aufgrund der sozialpartnerschaftlichen Regelungen unter dem EU-Durchschnitt bleiben und dieser Vorteil inner-

Prognoseannahmen und methodische Probleme der Prognoseerstellung

Die vorliegende mittelfristige Prognose des WIFO wurde durch die Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) durch Statistik Österreich (STATÖ) vom Standard ESGV 1979 auf den Standard ESGV 1995 im Herbst letzten Jahres deutlich erschwert. Aufgrund der Unterschiede zwischen den beiden VGR-Konzepten weichen vor allem die Ergebnisse für die Aggregate Konsum- und Investitionsausgaben sowie die Behandlung des öffentlichen Sektors deutlich ab (siehe dazu u. a. *Scheiblecker, 1999, Schwarzl, 1999, Dannerbauer – Pfeifer – Stübler, 1999*).

Die von STATÖ veröffentlichten VGR-Daten auf Basis des ESGV 1995 („neue VGR“) umfassen nur die Jahre 1995 bis 1998. Diese Periode ist zu kurz für eine modellgestützte mittelfristige Prognose. Daher wurden mit dem WIFO-Makromodell Berechnungen auf der Basis der „alten VGR“ (ESGV 1979) durchgeführt und mit einem Umrechnungsschlüssel auf das ESGV 1995 übertragen. Dabei ergibt sich eine Übereinstimmung mit der kurzfristigen Prognose des WIFO vom Dezember 1999 für die Periode 2000 und 2001 (*Marterbauer, 2000*).

Den Modellberechnungen liegen sowohl die Prognose der Weltwirtschaft (siehe *Schulmeister, 2000*) als auch Annahmen über wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen – insbesondere Ausgaben des Staates – zugrunde.

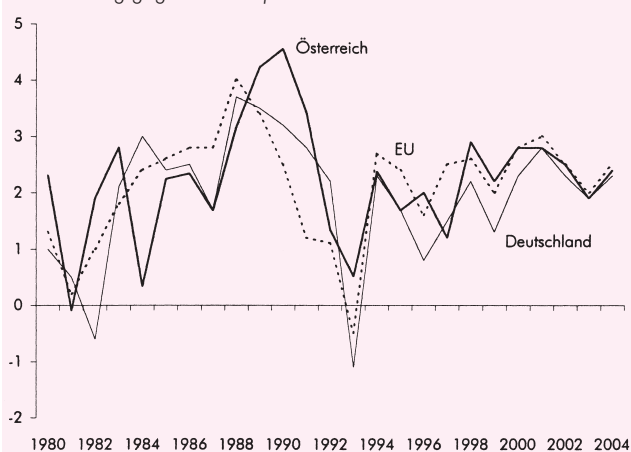
halb der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nicht mehr durch Abwertungen wettgemacht werden kann. Die Entwicklung der strukturellen Wettbewerbsfähigkeit wird auch davon abhängen, welche Fortschritte die heimische Technologiepolitik macht. Weitere positive Impulse sind nicht nur von der EU-Konjunktur, sondern auch vom Aufschwung der Wirtschaft Ost-Mitteleuropas zu erwarten.

Der Warenexport nimmt unter diesen Annahmen im Prognosezeitraum real um etwa 6½% p. a. zu. Damit übersteigen die Gesamtexporte im Jahr 2004 erstmals die Marke von 50% des BIP (nach 44% 1999). Dieser Anstieg ist auf die europäische Integration, die zunehmende Globalisierung und auf die Wachstumsbeschleunigung in der EU zurückzuführen.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich allerdings auch auf der Importseite, wenngleich sie durch den Wachstumsrückstand der Inlandsnachfrage gegenüber der EU etwas abgeschwächt wird. Dank geringer Steigerung der Lohnstückkosten und der Exportpreise sollte sich die Wettbewerbssituation nicht nur auf den Auslandsmärkten, sondern auch – gegenüber der Importkonkurrenz – auf dem Inlandsmarkt verbessern, sodass das Handelsbilanzdefizit schrumpft.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Übersicht 2: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 1995/1999	Ø 1999/2004
	Jährliche Veränderung in %	
Konsumausgaben		
Private Haushalte ¹⁾	+1,8	+2,2
Staat	+0,8	+0,5
Bruttoanlageinvestitionen	+3,2	+3,2
Inländische Verwendung	+1,8	+2,1
Exporte	+7,2	+5,8
Waren, fob	+8,3	+6,6
Reiseverkehr	+0,0	+2,6
Importe	+6,6	+5,2
Waren, fob	+6,9	+5,8
Reiseverkehr	-1,7	+0,6
Bruttoinlandsprodukt	+2,1	+2,5
Nominell	+3,1	+3,4
Leistungsbilanz		
In % des BIP	-2,3	-2,0

¹⁾ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Seit dem Tiefstand des Reiseverkehrsbilanzsaldos im Jahr 1997 hat sich die Situation des heimischen Tourismus laufend verbessert. Eine Fortsetzung dieser Entwicklung wird für den Prognosezeitraum erwartet. Die Reiseverkehrseinnahmen sollten im Durchschnitt jährlich real um etwa 2½% und damit – wie in den anderen EU-Staaten – im Vergleich zur Welttourismusentwicklung unterdurchschnittlich zunehmen (Smeral, 1999). Die Reiseverkehrsausgaben der Österreicher im Ausland dürften nach einem Rückgang in der Periode 1995/1999 im Prognosezeitraum wieder leicht zunehmen.

Die Verringerung des Defizits im Warenhandel und die steigenden Überschüsse im Reiseverkehr haben eine Verbesserung der Leistungsbilanz zur Folge, selbst wenn sich die Faktoreinkommens- und die Transferbilanz weiter verschlechtern sollten.

MÄSSIGE AUSWEITUNG DER INLÄNDISCHEN NACHFRAGE

Die inländische Nachfrage wird im Prognosezeitraum von einem anhaltenden Wachstum des privaten Konsums (gut 2% pro Jahr) getragen. Dieser erhält in den ersten zwei Prognosejahren durch die Steuerreform 2000 und die Ausweitung familienpolitischer Leistungen Impulse. Danach dürften die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung die Expansion des privaten Konsums etwas bremsen.

Die Bruttoanlageinvestitionen steigen schwächer als in früheren vergleichbaren Konjunkturphasen; die österreichische Investitionsquote ist aber weiterhin höher als im EU-Durchschnitt. Da das Wirtschaftswachstum nur etwa dem EU-Durchschnitt entspricht, ist die Produktivität der Investitionen somit relativ gering bzw. ihre Struktur nicht optimal. Der zunehmende Konkurrenzdruck innerhalb der EU dürfte die Produktivität der österreichischen Investitionen erhöhen und damit eine Annäherung der Investitionsquote an den EU-Durchschnitt bewirken.

Die Bruttoanlageinvestitionen werden daher in den kommenden Jahren weniger stark steigen, als der Konjunkturaufschwung erwarten ließe. Andererseits fällt dieser dämpfende Effekt mäßig aus, weil die bevorstehende EU-Osterweiterung Anpassungs-, Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen notwendig macht.

Aus den Prognosen der Nachfrageaggregate resultiert für 1999/2004 eine durchschnittliche reale Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 2,5% pro Jahr. Sie beträgt bis 2001 2,8% und schwächt sich in den zwei folgenden Jahren merklich ab (bis auf 1,9% 2003). Ab 2004 sollte die Wirtschaftsentwicklung wieder an Schwung gewinnen. Das österreichische Konjunkturbild ist dabei im Großen und Ganzen – über die enge Außenhandelsverflechtung – durch die Entwicklung in der EU bestimmt (siehe dazu Schulmeister, 2000). Der geringfügige Wachstumsrückstand Österreichs gegenüber der EU (-0,1 Prozentpunkt p. a.) geht auf die erwartete restriktivere Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand zurück.

PREISENTWICKLUNG STABIL

Die Prognose nimmt an, dass die Lohnabschlüsse der Sozialpartner der Preisentwicklung, dem steigenden internationalen Konkurrenzdruck und der Arbeitslosigkeit Rechnung tragen. Aufgrund der niedrigen Inflationsrate und des schwachen Rückgangs der Arbeitslosenquote rechnet das WIFO mit einer zurückhaltenden Lohnentwicklung. Die gesamtwirtschaftlichen Bruttolohnzuwächse je Arbeitnehmer betragen im Durchschnitt etwa 2¼% pro Jahr und liegen damit über der durchschnittlichen Wachstumsrate der vergangenen 4 Jahre. Rein statistisch werden die Lohnsteigerungen je Beschäftigten durch die Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung gedrückt, die einen großen Teil des Beschäftigungsanstiegs ausmacht. Die gesamtwirtschaftliche Lohnquote geht im

Übersicht 3: Preise

	Ø 1995/1999	Ø 1999/2004
	Jährliche Veränderung in %	
Verbraucherpreise	+1,2	+1,0
Implizite Preisindizes		
Exporte	+0,7	+1,2
Importe	+1,1	+1,3
Bruttoinlandsprodukt	+1,0	+1,0

Laufe der Prognoseperiode weiter zurück, die Lohnerhöhungen bleiben somit unter der Produktivitätssteigerung.

Auch in der kommenden Fünfjahresperiode fällt die Preissteigerung geringer aus als im langjährigen Durchschnitt. Die Inflation, gemessen am Konsumdeflator, erreichte nach einer Periode stetigen Rückgangs 1999 den Tiefpunkt und wird in den kommenden 5 Jahren im Durchschnitt etwa 1% pro Jahr ausmachen. Der internationale Wettbewerbsdruck und Deregulierungen halten den Preisauftrieb niedrig. Nach dem Preisverfall im Bereich der Telekommunikation sind infolge der Liberalisierungen auch im Energiesektor Preissenkungen zu erwarten. Das bedeutet eine wesentliche Standortverbesserung für die gesamte Wirtschaft, andererseits aber erhebliche Anpassungsprobleme in den betroffenen Sektoren. Für den Rohölpreis nimmt die Prognose eine Stabilisierung auf dem 1999 erreichten Niveau an. Weitere Gründe für die zurückhaltende Inflationsentwicklung sind geringe Steigerungen der Lohnstückkosten und die auf Preisstabilität ausgerichtete Politik der EZB.

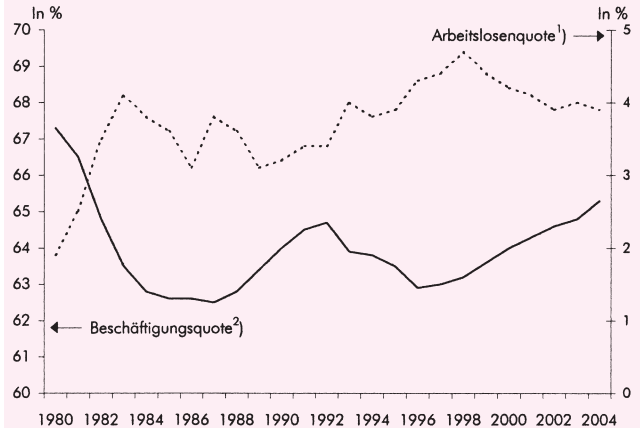
HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE ARBEITSMARKTPOLITIK

Im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung (NAP) wurde das Ziel festgeschrieben, die Zahl der Arbeitsplätze zwischen 1997 und 2002 um 100.000 zu steigern. Dieses Ziel wird schon früher als geplant erreicht, wenn man es an der offiziellen Beschäftigtenzahl festmacht. Nach der vorliegenden Prognose steigt die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne Präsenzdienner und Bezieher von Karenzurlaubsgeld) 1997/2002 um 146.000, bis 2000 bereits um fast 100.000.

Berechnet zu Vollzeitäquivalenten wäre die Vorgabe allerdings nicht erreichbar. Die tatsächliche Steigerung der Beschäftigung wird in den kommenden Jahren nicht nur von der Wirtschaftsentwicklung, sondern auch entscheidend vom Ausmaß der Umverteilung des Arbeitsvolumens – d. h. dem Anteil der Teilzeitkräfte – abhängen.

Das Ziel der Verringerung der Arbeitslosigkeit war im Nationalen Aktionsplan sehr ehrgeizig angelegt: Die Arbeitslosenquote sollte bis 2002 auf 3,5% gesenkt werden. Heute zeichnet sich bereits ab, dass dieses Ziel wahrscheinlich nicht erreicht werden kann, weil sich das Arbeitskräfteangebot als außerordentlich reagibel erweist. Ein wichtiger Grund dafür liegt darin, dass der Zu-

Abbildung 2: Entwicklung des Arbeitsmarktes



1) In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat). – 2) Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

wachs an Arbeitsplätzen vor allem Teilzeitstellen betrifft, während der Großteil der Arbeitslosen Vollzeitarbeitsplätze sucht. Dies trug auch dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit in der Vergangenheit nur wenig verringert werden konnte – wenn man von der massiven Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Jahr 1999 absieht.

Nach der vorliegenden Prognose geht die Arbeitslosenquote (laut EU-Definition) bis zum Jahr 2002 auf 3,9% der Erwerbspersonen zurück und verfehlt damit das Ziel des NAP von 3,5%. Nach der in Österreich üblichen Berechnungsmethode verringert sich die Quote auf 6,2% im Jahr 2004. Dabei wird eine Stabilisierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf dem gegenwärtigen Niveau unterstellt.

BUDGETKONSOLIDIERUNG ALS ZENTRALES PROBLEM DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Das Staatsbudget wird auf mittlere Sicht das größte Problem für die österreichische Wirtschaftspolitik bilden. Im Jahr 2000 werden die Steuerreform und der zweite Teil des „Familienpakets“ eine beträchtliche Belastung bringen, die durch die derzeit geplante Kürzung der Ermessensausgaben nicht vollständig ausgeglichen werden kann. Österreich wird im Jahr 2000 nach den vorliegenden Schätzungen einen Finanzierungssaldo des Staates von –2,2% des BIP aufweisen und damit zu den EU-Ländern mit dem höchsten Defizit zählen. Österreich würde unter diesen Umständen von der EU eine schriftliche Aufforderung zur strikteren Budgetsanierung erhalten.

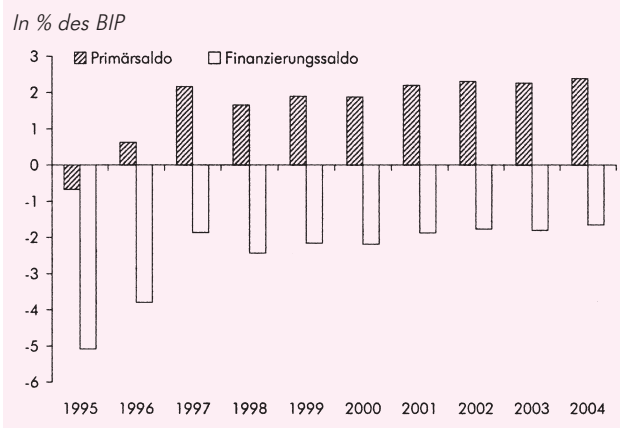
Nach der vorliegenden Prognose werden die laufenden Staatseinnahmen in der Periode 2002/2004 im Einklang mit der prognostizierten Wirtschaftsentwicklung um 2,8% pro Jahr steigen, etwas langsamer als das nominelle BIP (+3,2%). Die Elastizität der Einnahmen in Bezug auf das BIP beträgt 0,9.

Übersicht 4: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 1995/1999	Ø 1999/2004
	Jährliche Veränderung in %	
Unselbständig Beschäftigte	+0,3	+0,7
Summe Wirtschaftsklassen ¹⁾	+0,5	+0,8
Arbeitslose	+0,8	-1,9
Arbeitslosenquote		
In % der Erwerbspersonen ²⁾	+4,5	+4,0
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ³⁾	+7,0	+6,1
Gesamtwirtschaftliche Produktivität	+1,6	+1,8
Lohn- und Gehaltssumme ⁴⁾	+2,4	+2,9
Je Beschäftigungsverhältnis ⁵⁾	+1,6	+2,2
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	+0,4	+0,4

¹⁾ Ohne Präsenziener und Bezieher von Karenzurlaubsgeld. – ²⁾ Laut Eurostat. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁴⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁵⁾ Laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung.

Abbildung 3: Entwicklung des Staatshaushaltes



RISKEN UND UNSICHERHEITEN DER MITTELFRISTIGEN PROGNOSE

Während sich die Einnahmenentwicklung bei gegebenen Steuersätzen im Wesentlichen aus dem Modell endogen ergibt, müssen für die Ausgabenseite exogene Annahmen getroffen werden. In dieser Prognose wird unterstellt, dass der Druck der Stabilitätsprogramme und der EU-Budgetziele über die gesamte Prognoseperiode eine restriktive Fiskalpolitik bedingt. Die öffentliche Lohn- und Gehaltssumme bleibt im Durchschnitt der Periode hinter der nominellen BIP-Steigerung zurück. Darüber hinaus wird von einer sparsamen Investitions- und Subventionspolitik ausgegangen. Als Annahme werden von den ausgelagerten Bereichen in den nächsten Jahren keine spürbaren Budgetbelastungen berücksichtigt. Ebenso unterstellt die Prognose keine umfangreichen Sparpakete oder Maßnahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten (solche diskretionären Aktionen werden erst dann in die Prognose aufgenommen, wenn ein Regierungsbeschluss dafür vorliegt).

Je weiter Prognosen in die Zukunft reichen, desto unsicherer werden sie naturgemäß. Die vorliegende Prognose unterliegt jedoch geringeren Unsicherheiten als im letzten Jahr. Die mittelfristige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft – +2,5% im Zeitraum 1999/2004 – wird entscheidend von der internationalen Konjunktur bestimmt, deren Perspektiven optimistisch beurteilt werden können: Die in den letzten Jahren instabile Situation auf den internationalen Finanzmärkten hat sich beruhigt. Die Länder Südasiens befinden sich – mit Ausnahme Japans und Indonesiens – im Aufschwung, und die Wirtschaft Russlands hat sich dank steigender Rohölpreise stabilisiert. Wie die Vergangenheit zeigt, sind jedoch Risiken auf den Finanzmärkten mittelfristig kaum kalkulierbar.

Unter den hier getroffenen Annahmen geht der negative Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte bis zum Jahr 2002 auf 1,8% des BIP zurück. Er liegt damit jedoch deutlich über dem Zielwert des Stabilitätsprogramms der Bundesregierung von 1,4% des BIP. Um dieses Ziel zu erreichen, wären zusätzliche Maßnahmen notwendig. Zwischen 2002 und 2004 ist unter den gegebenen Annahmen (Ausgabeneutralität bezogen auf das BIP von 0,8) eine weitere Verringerung des Defizits auf etwa 1 1/2% zu erwarten.

Das bereits relativ hohe Niveau der Erdölpreise macht einen neuerlichen Inflationsschub von dieser Seite unwahrscheinlich. Auch auf den Märkten für Industrierohstoffe ist mittelfristig mit einem reichlichen Angebot zu rechnen, das Preiserhöhungen in Grenzen halten wird. Das Risiko einer lohninduzierten Inflation war schon im vergangenen Jahrzehnt relativ klein und wurde durch die Intensivierung des Wettbewerbs im Euro-Raum weiter gedämpft. Der Euro-Kurs gegenüber dem Dollar dürfte sich überdies in den kommenden Jahren erholen und damit einem möglichen Preisauftrieb entgegenwirken.

Die Prognose zeigt u. a. auch, dass sich die Schere zwischen Sozialausgaben und -einnahmen weiter öffnen wird – zum Teil infolge der Zunahme der Zahl der Pensionsbezieher. Ein Anstieg der Bundeszuschüsse bzw. eine Erhöhung der Beitragssätze zur Sozialversicherung kann nur durch Strukturereformen auf der Ausgabenseite vermieden werden.

Eines der größten Risiken für die Weltkonjunktur liegt in den nächsten Jahren in den Ungleichgewichten der Wirtschaftsentwicklung in den USA. In den letzten Jahren vollzog sich ein deutlicher Aufschwung ohne Inflationstendenzen. Zuletzt beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum stark, auf dem Arbeitsmarkt drohen Engpässe. Friedrich von Hayek argumentierte, dass der „einzige Grund für eine Rezession im vorangehenden Boom“ liege. Auch aus keynesianischer Sicht wird die Gefahr von Überkapazitäten umso größer, je stärker der vorangehende Investitionsboom ausfällt. Entsprechend diesen

Die Zinszahlungen für die Staatsschuld nehmen in den kommenden Jahren zu und erschweren damit die Budgetkonsolidierung. Die Staatsschuld dürfte zwar in Relation zum BIP, nicht aber in absoluten Zahlen stabilisiert werden.

Übersicht 5: Staat

	Ø 1995/ 1999	Ø 1999/ 2004	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Jährliche Veränderung in %							
Laufende Einnahmen	+2,9	+2,5	+2,9	+1,2	+2,6	+3,0	+2,6	+3,0
Laufende Ausgaben	+1,5	+2,3	+2,3	+1,3	+2,1	+2,7	+2,7	+2,7
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+3,1	+3,4	+2,9	+3,6	+3,9	+3,4	+2,9	+3,5
	In % des BIP							
Primärsaldo	1,6	2,2	1,9	1,9	2,2	2,3	2,3	2,4
Finanzierungssaldo	-2,6	-1,8	-2,1	-2,2	-1,9	-1,8	-1,8	-1,6

Theorien ist die Rezessionsgefahr in den USA gestiegen, weil sich der Aufschwung wesentlich beschleunigt hat. Weiters beruht der Boom in den USA in hohem Maß auf einer starken Verringerung der Sparquote, die mit steigenden Aktienkursen korreliert ist. Sollte die Hausse an den Börsen infolge von Unsicherheiten oder Zinserhöhungen abbrechen, dann könnte die Erwartung eines Soft-Landing für die USA zu optimistisch sein, was entsprechende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft hätte.

Die wichtigsten Herausforderungen an die österreichische Wirtschaftspolitik werden auch in den nächsten Jahren in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in der Budgetkonsolidierung und in der Förderung technologischer Innovationen liegen.

Die Zahl der Beschäftigten wird stark steigen. Dieser Indikator wird jedoch immer weniger aussagekräftig, da eine deutliche Umverteilung der Arbeit zu Teilzeitarbeitsplätzen erfolgt. Sollte sich der 1995/1998 beobachtete Rückgang der Vollzeitarbeitsplätze in den nächsten Jahren fortsetzen, dann wird die Arbeitslosenquote nicht im erwünschten Maß sinken.

Schließlich bestehen erhebliche Unsicherheiten bezüglich der weiteren Budgetentwicklung in Österreich. Die

künftigen Einnahmen des Staates können bei gegebener Steuergesetzgebung aus den Wachstumsprognosen relativ genau abgeleitet werden. Die Ausgabenpolitik hängt dagegen weitgehend von den Entscheidungen der künftigen Regierung ab. Die Budgetzahlen im Stabilitätsprogramm und die EU-Zielvorstellungen erfordern jedenfalls eine restriktive Ausgabenpolitik. Wie diese Politik im Einzelnen ausgestaltet wird, ist derzeit noch offen. Die hier vorgelegte mittelfristige Prognose für den Finanzierungssaldo des Staates – Rückgang des Defizits auf 1,6% im Jahr 2004 – geht davon aus, dass die Staatsausgaben schwächer steigen als die Einnahmen. Konkrete „Sparpakete“ oder eine Senkung der Lohnnebenkosten wird nicht unterstellt, solange es keine diesbezüglichen Regierungsbeschlüsse gibt.

LITERATURHINWEISE

Dannerbauer, H., Pfeifer, E., Stübler, W., „Volkswirtschaftliche Daten über den Staat – Erste Berechnungen gemäß ESVG ‘95“, Statistische Nachrichten, 1999, (11), S. 1018-1032.

Marterbauer, M., „Exporterrholung und Steuerreform beschleunigen Wachstum. Prognose für 1999 und 2000“, WIFO-Monatsberichte, 1999, 72(10), S. 663-671.

Marterbauer, M., „Erheblicher Handlungsbedarf für Budget- und Arbeitsmarktpolitik trotz Beschleunigung des Wachstums. Prognose für 1999 bis 2001“, in diesem Heft.

Scheiblecker, M., „Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nach dem ESVG 1995“, WIFO-Monatsberichte, 1999, 72(10), S. 683-692.

Schulmeister, St., „Wachstumsbeschleunigung in der EU, Abschwächung in den USA, Japan bleibt Nachzügler. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2004“, in diesem Heft.

Schwarzl, R., „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gemäß ESVG ‘95. Hauptergebnisse 1995-1998“, Statistische Nachrichten, 1999, (11), S. 1011-1018.

Smeral, E., „Europäische Währungsunion und internationaler Tourismus“, WIFO-Monatsberichte, 1999, 72(3), S. 187-196.

*Favourable Medium-term Growth Prospects but Sustained Budget Problems
Medium-term Projection for the Austrian Economy 2000-2004 – Summary*

The improving economic environment in the European Union also has a positive impact on Austria. In the forecasting period of 1999 to 2004, its real GDP is expected to grow by 2.5 percent p.a. on average, slightly less than the European average. According to the international scenario for Austria, growth will accelerate and reach its peak in 2001. After weakening for the next two years, it should pick up again in 2004.

Backed by the good competitive position, exports are expected to develop dynamically and to make increasing contributions to GDP growth. Expenditure for private consumption should continue to rise by about 2 percent p.a.

Employment will continue to expand at a substantial pace, the consequence of good growth prospects as well as measures taken under the National Action Plan

for Employment. Nevertheless, unemployment rates will decline only moderately.

Increased competition and deregulation will keep prices low. The crude oil price is assumed to remain at its current high level. Wage increases will be modest only. Inflation will thus average just 1 percent p.a.

The positive growth prospects will not suffice to solve the budget problems faced by the Austrian government. The fiscal reform (an increase in family allowances and income tax cuts) will place an additional burden on government finances in 2000. Projections assume a restrictive expenditure policy pursued by the government, resulting in a deficit of 1.6 percent of GDP in 2004. The objectives defined in the Austrian government’s stability programme have thus been clearly missed, which calls for additional policy measures.